



**Die Fraktionen der
CDU SPD Bündnis 90/Die Grünen
FDP FWG
im Landkreis Mainz-Bingen**

Herrn Landrat
Claus Schick
Kreisverwaltung Mainz-Bingen
Georg-Rückert-Straße 11
55218 Ingelheim am Rhein

Ingelheim, den 17. Mai 2011

Antrag für die nächste Kreistagsitzung am 17.Juni 2011

Beschlussvorschlag

Die Verwaltung wird beauftragt, eine ständige Teilhabekonferenz auf Kreisebene ins Leben zu rufen. Die Teilhabekonferenz befasst sich mit der konkreten Umsetzung des Armuts – und Sozialberichtes des Landkreises Mainz – Bingen und entwickelt Strategien zur Verbesserung der Teilhabe im Landkreis.

Die Verwaltung prüft, welche Kooperationspartner,-innen neben den Vertretern aus den Fraktionen beteiligt werden sollen z.B. die Wohlfahrtsverbände, die Kirchen, Ärzte, das Jobcenter, Initiativen wie Tafeln etc.

Begründung

Der Armuts – und Sozialbericht des Landkreises Mainz–Bingen hat deutlich gezeigt, dass es auch in unserem Kreis Mainz–Bingen Armut gibt und Personenkreise, die von Armut bedroht sind. Der Bericht definiert diese gefährdeten Zielgruppen und zeigt dabei die regionalen Unterschiede auf. Daraus folgt, dass es auch in unserem wohlhabenden Kreis in vielen Bereichen Handlungsbedarf gibt.

Neben der unmittelbaren materiellen Not besteht für diese Bevölkerungskreise auch die Gefahr, dass deren Teilhabe am gesellschaftlichen und kulturellen Leben im Kreis zunehmend leidet.

Um diesen Entwicklungen entgegen zu wirken, bedarf es der Bündelung und Abstimmung aller politischen Akteurinnen und Akteure, die sich für soziale Gerechtigkeit und die Vision einer armutsfreien Gesellschaft einsetzen. Im Netzwerk dieser Akteurinnen und Akteure kann die Situation konkret vor Ort analysiert werden und können Strategien zur Bekämpfung der Armut und des Teilhaveverlustes entwickelt werden. Ziel dieser Zusammenarbeit soll die Erstellung eines Masterplanes sein, in dem Strategien zur Prävention und Bekämpfung der von Armut gefährdeten und betroffenen gesellschaftlichen Gruppen entwickelt werden.

Die Teilhabekonferenz ist ein geeignetes und auch im Armuts – und Sozialbericht des Landkreises vorgeschlagenes Instrument zur Armutsbekämpfung und kann von der Verwaltung einberufen werden.

Für die Fraktionen:

Dorothea Schäfer
CDU

Ralph Spiegler
SPD

Michael Stüber
Bündnis90/Die Grünen

Erwin Malkmus
FWG

Helga Lerch
FDP